

Berlin, 13.12.2024

Auswirkungen der Kürzungen in der Wissenschaft

Die massiven Kürzungen, die im Berliner Landeshaushalt beschlossen werden sollen, treffen die Bereiche Soziales und Kultur besonders stark, das geht zulasten des sozialen Zusammenhalts und bedroht die Zukunft von Berlin.

Auch die Hochschulen werden hohe Einsparungen verkraften müssen und die erst in diesem Jahr unterzeichneten Hochschulverträge, die eine langfristige Planungssicherheit für die Hochschulen bis 2028 garantieren sollten, sollen in 2025 nachverhandelt werden. Kleine und künstlerische Hochschulen sind besonders stark betroffen, da ihre Kooperationen in der Stadt durch die Einsparungen im Kulturbereich mitbetroffen sind. Hinzukommt, dass das Versprechen für gute Beschäftigungsbedingungen und planbare Karrierewege in der Wissenschaft, das mit der Novellierung des Berliner Hochschulgesetz in 2021 gemacht wurde, nicht in der geplanten Weise realisiert wird.

AUSWIRKUNG AUF CHANCENGLEICHHEIT UND ANTIDISKRIMINIERUNG

Die Kürzungen werden sich auch auf die Bereiche Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Hochschulen auswirken. Senkungen im Sozialbereich der Studierenden, beim Studierendenwerk oder bei der Kinderbetreuung an den Hochschulen werden die Chancengleichheit von Studentinnen und Beschäftigten mit Pflege- oder Familienverantwortung treffen. Unklare Karrierewege und wissenschaftliche Perspektiven wirken sich zusätzlich sehr langfristig auf die Gleichstellungsperspektiven im Mittelbau und bei den Professuren aus. Auch im renommierten Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre (BCP) soll gekürzt werden. Und den gerade erreichten und anlaufenden Verbesserungen für Vielfalt und Chancengleichheit durch die Novellierung des Berliner Hochschulgesetz in 2021 fehlen die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung. Die Verhandlungen für Gute Arbeit durch mehr Dauerstellen und eine Untersuchung des Gender Pay Gap bei wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal werden durch Finanzierungsdebatten ersetzt.

Unter diesen Voraussetzungen mahnt die LakoF Berlin, die Gleichstellungsperspektive bei den Neuverhandlungen der Hochschulverträge nicht aus den Augen zu verlieren und weiterhin starke Anreize für die Verwirklichung von Gleichstellung zu setzen. Wir dürfen in der Gleichstellung und Antidiskriminierung nicht hinter bereits erreichte Erfolge zurückfallen.